

Flüchtende sollen Auto vorläufig behalten

Sozialhilfebeziehende dürfen im Baselbiet kein eigenes Fahrzeug besitzen. Bei Ukrainerinnen und Ukrainern ist die Lage aber kompliziert.

Michel Ecklin

Es ist auffallend: Viele Menschen sind mit dem Auto vor dem Krieg in der Ukraine hierher geflüchtet. Dank des pauschal erteilten Asylstatus S haben Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz automatisch auch Anrecht auf Sozialhilfe.

Doch auf Flüchtlinge mit einem eigenen Fahrzeug ist die Sozialhilfe nicht vorbereitet. Denn in bisherigen Krisen flohen die Menschen mit allen möglichen Verkehrsmitteln in die Schweiz, nur nicht mit dem eigenen Auto. Gemäss Baselbieter Sozialhilfegesetz müsste man jetzt die Autos der Ukrainerinnen und Ukrainer als Vermögen werten, das aufgezehrt werden muss, bevor Geld vom Staat fliesst.

Völlig unklar, wie lange sie bleiben

Konkret heisst das: Die Flüchtenden müssten ihr Auto verkaufen oder zumindest die Nummern abgeben. Doch wenigstens vorläufig geschieht das im Baselbiet nicht. Denn derzeit sei es fast unmöglich, die gesetzliche Regelung umzusetzen; «wegen praktischer Schwierigkeiten», wie Fabian Dinkel, Leiter des Baselbieter Sozialamts, erklärt: «Um alle Vermögenswerte aufzulisten, braucht es sehr viele Abklärungen.»

Wie geht man zum Beispiel mit einem Haus in der Ukraine um, von dem man nicht weiss, ob es jemals wieder bezogen werden kann oder vielleicht schon in Trümmern liegt? Und



Inzwischen ein üblicher Anblick: Autos mit ukrainischen Nummernschildern. Bild: Juri Junkov (30. März 2022)

Arlesheim stellt dem Bund Zivilschutzanlage zur Verfügung

In der Zivilschutzanlage beim Feuerwehrmagazin in Arlesheim werden demnächst Flüchtende aus der Ukraine wohnen. Das teilte der Gemeinderat mit. Bereits als 2015 die Asylbewerberzahlen hoch waren, hatte die Gemeinde die Anlage dem Bund für die Unterbringung von Flüchtenden zur Verfügung gestellt.

manche Flüchtende haben derzeit Zugriff auf ihre ukrainischen Bankkonten, manche nicht. «Solche Nachforschungen in der jetzigen Situation vorzunehmen, ist oft unmöglich und teils auch unzumutbar», sagt Dinkel.

Damals bot sie rund hundert Menschen ein Dach über dem Kopf. Aufgrund des starken Anstiegs der Neueintritte von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Bundesasylzentrum habe das Staatssekretariat für Migrationsfragen (SEM) die Gemeinde jetzt erneut darum gebeten, «aufgrund der guten Er-

Im Vordergrund stehe derzeit die Sozialhilfe im Sinne einer Soforthilfe.

Ein grosses Fragezeichen ist, wie lange die ukrainischen Flüchtlinge hier bleiben. «Wenn sie in wenigen Monaten wieder

fahrungen im Jahr 2015», wie es weiter heisst. Damals hatte die Unterbringung von Flüchtlingen in Arlesheim eine grosse Solidaritätswelle ausgelöst. Der Gemeinderat hat der Nutzung «vorrübergehend als Notunterkunft» zugestimmt. Man leiste damit «einen raschen Beitrag zur Bewältigung der Situation». (mec)

heim können, macht es Sinn, dass sie ihr Auto behalten», sagt der kantonale Asylkoordinator Rolf Rossi.

Zudem weiss er, dass viele Flüchtende hier Arbeit suchen, mit einigen Erfolgsaussichten.

«Die Ukrainer sind so: Sie möchten unabhängig vom Staat sein.» Sozialhilfe wird also vermutlich für viele bloss eine kurze Übergangslösung sein. Vorläufig den Ukrainerinnen und Ukrainern ihr Auto zu lassen und sie trotzdem zu unterstützen, entspricht der Empfehlung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Erst nach sechs Monaten Aufenthalt sei «die Verwertung der persönlichen Effekte sowie die Sicherung allfälliger noch nicht verfügbarer Vermögenswerte in der Ukraine zu prüfen».

Der Bundesrat hat bei der Inkraftsetzung von Status S betont, dieser sei «rückkehrorientiert». Falls trotzdem längere Sozialhilfeabhängigkeiten entstehen, müssen die Behörden Lösungen finden. Dessen ist sich Rossi bewusst – und zwar schon nur aus Gründen der rechtlichen Gleichbehandlung: «Wenn ein Einheimischer sieht, dass er von der Sozialhilfe schlechter gestellt wird als Leute aus der Ukraine, sendet das langfristig nicht gerade eine gute Botschaft aus.» Die Bevölkerung reagiere sehr sensibel auf solche Beobachtungen.

Ein Jahr Zeit, um Auto anzumelden

In der Zwischenzeit stellen sich praktische Fragen. Sollen Asylzentren Parkplätze für Bewohnende zur Verfügung stellen? Sollen die Gemeinden für Privatwohnungen Abstellplätze mieten? Oder brauchen die Flüchtenden eine Parkkarte? Wenn ja, wer bezahlt diese?

«Wir müssen noch klären, wie wir mit solchen Fragen umgehen», sagt Susanna Keller, Präsidentin des Baselbieter Verbands für Sozialhilfe. Es würden Gespräche zwischen den Gemeinden und dem kantonalen Sozialamt stattfinden.

Mit einer Frage müssen sich die ukrainischen Autobesitzerinnen allerdings nicht sonderlich beeilen: mit der Anmeldung ihres Fahrzeugs. Wie alle, die in die Schweiz ziehen, haben sie dafür ein Jahr Zeit, wie Pascal Donati, Leiter der Baselbieter Motorfahrzeugkontrolle, erklärt. Auch in Sachen Versicherung müssen sie sich seiner Meinung nach keine Sorgen machen, denn: «Ich gehe davon aus, dass ihre Autos in der Ukraine versichert sind.»

«Die Ukrainer sind so: Sie möchten unabhängig vom Staat sein.»

Rolf Rossi
Baselbieter Asylkoordinator

Gestern Champagner, heute Leere und morgen grosse Kunst



Alle am selben Strang: Das Kunsthaus Baselland lud gestern zu einer Art Grundsteinlegung in die Dreispitz-Halle. Aus dieser ehemaligen Lagerhalle für Champagner werden die Architekten Buchner Bründler in den kom-

menden gut zwei Jahren die neue Bleibe des Kunsthauses kreieren. Grosse Vorfreude bei allen Unterstützern, allen voran Direktorin Ines Goldbach (4. v. r.), die sich bis zu diesem Punkt sehr haben gedulden müssen. Bild: Kenneth Nars

Unterschiedliche Covid-Strategien

Beide Basel Morgen Freitag kehrt die Schweiz zur normalen Lage zurück, alle Coronamassnahmen werden aufgehoben. Auch im Kanton Basel-Stadt fallen alle bisherigen Massnahmen, wie es gestern in einer Mitteilung hiess. Der Kanton Baselland kommuniziert voraussichtlich heute Donnerstag.

Was aber bereits sicher ist: Der Kanton Baselland wird die Schnittstelle zum Bundesamt für Gesundheit beibehalten und die Corona-Fallzahlen wie diese nur noch wöchentlich publizieren, wie Rolf Wirz, Mediensprecher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, auf Anfrage sagt. «Die aktuelle Lage rechtfertigt den Aufwand einer umfangreichen, täglichen Abbildung der Daten nicht mehr.»

Anders klingt es im Stadtkanton: «Wir werden die Fallzahlen vorerst weiterhin täglich veröffentlichen», sagt Gesundheitsdepartementssprecherin Anne Tschudin, «um das Geschehen und die Entwicklung im Blick zu haben – für uns selber und für die interessierte Öffentlichkeit.» Das Contact-Tracing wird derweil in beiden Basel reduziert, aber nicht ganz aufgehoben. (ksp)